



Robustes Mandat gegen Bürgerrechte

Pressemitteilung von Petra Pau, 04. November 2006

Der Bundesrat ist für die Nutzung von Mautdaten im Kampf gegen Terrorismus und lehnt zugleich eine Befristung der geplanten Anti-Terror-Datei ab. Dazu erklärt Petra Pau, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. und Mitglied im Innenausschuss:

Beide Beschlüsse sind ein robustes Mandat gegen verbrieft Bürgerrechte.

Die Enthemmung der Maut-Systeme bedeutet grünes Licht in Richtung Überwachungsstaat. Dies umso mehr, da es zugleich Pläne gibt, das Maut-System flächendeckend über die Autobahnen hinaus auszuweiten.

Und die Entfristung der geplanten Zentral-Datei entzieht dem Bundestag seine Kontroll-Funktion. Und das an einer sensiblen Schnittstelle, wo das Trennungsgebot von Polizei und Geheimdiensten auf dem Spiel steht.

Die Bundesregierung hat noch immer eine Bringschuld. Sie hatte zugesagt, die Anti-Terror-Gesetze aus den Jahren 2001 und 2002 zu

evaluieren. Das wurde bisher mit Eifer versäumt. Nun soll nahtlos draufgesattelt werden - verantwortungslos mit Vorsatz.